

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werftthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Insetzer für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12,

Dienstag den 15 Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 12. Januar 1901.

Der Reichstag erlebte heute einmal wieder einen „großen Tag.“ Einen großen Tag für die Sozialdemokratie, aber nicht eben für die bürgerlichen Parteien.

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamt des Innern, hauptsächlich aber stand wiederum jene berühmte 12 000 Mark-Affäre im Mittelpunkt der Verhandlung. Genosse Richard Fischer-Berlin eröffnete den Reigen der Redner des heutigen Tages mit einem wichtigen Angriff auf den Staatssekretär Grafen Posadowsky, einen Angriff, der weit über jene Affäre hinaus sich zu einem vernichtenden Gesamt- und Einheitsurteil über die Sozialpolitik des Reichsamt des Innern im Allgemeinen und dessen politische wie finanzielle Abhängigkeit vom Zentralverband der Industriellen im Besonderen gestaltete. Bitternd vor Erregung, bleich vor Wuth mußte Graf Posadowsky, der verlassen und allein an der sog. „preußischen Seite“ des Bundesrathstisches saß, diese Angriffe aber sich ergehen lassen; einmal kam ihm sein Standesgenosse Präsident Graf Bailekrem zur Hilfe, der den nur zu berechtigten Ausdruck „skandalös“ als unparlamentarisch zurückwies. Am Schluß seiner Rede beantragte Fischer unter tiefgehender Erregung des Hauses die Einsetzung einer Kommission, die die delikaten Beziehungen zwischen dem Scharfmacherverband und seiner Filiale, dem Fischer mit bitterem Humor das Reichsamt des Innern nannte, einer genauen Untersuchung unterziehen soll. — Nun war die Reihe an den Reichsgrafen des Innern. Kreidbleich stand er da; mit elegischen Klagen begann er seine Rede und ebenso elegisch schloß er sie. Auf den Inhalt seiner Ausführungen irgendwie einzugehen, verlohnt sich wahrhaftig nicht. Was soll man denn auch weiter zu derartigen Späßen sagen, wie sie der Herr Staatssekretär sich erlaubte, der es wagte, sich dem Hause und der Öffentlichkeit als glühenden Anhänger sozialpolitischen Fortschritts vorzustellen? Natürlich fehlte auch in den Zeremonien des Staatssekretärs das „monarchische Prinzip“ nicht, das immer unter Thränen der Rührung und mit gurgelnden Tönen der Vergegenwärtigung heraufbeschworen wird, wenn die Gegner der Sozialdemokratie vor Verlegenheit nicht ein noch aus wissen.

Nicht sehr bedeutungsvoll waren die nunmehr folgenden Reden der Abgg. Köstke-Deffau, Dr. Dertel-Sachsen und Dr. Wiermer. Der erstgenannte wildliberale Kommerzienrath gefiel sich in der Doppelrolle eines Ab- und Aufwieglers (letzteres im Sinne Derer um Stamm gesprochen): er warf Fischer unnötige Schärfe vor, lobte die Flottenvorlage, pries die „uneigennütigen“ Flottenprofessoren, verlangte aber andererseits ein endliches Aufhören der „Schonzeit der Sozialreform“, wie er mit nicht ganz unglücklich gewähltem, wenn auch freilich viel zu mildem Ausdruck den totalen sozialpolitischen Stillstand bezeichnete. Dr. Dertel-Sachsen — dem der Tribünenwirth nachsagt, daß er aus Trauer über die eingetragene Kanalvorlage die weiße mit der schwarzen Weste vertauscht hat — erging sich in seinen gewohnten platten Wägen. Ihm haben es die armen Bäckermeister angethan, über deren angebliche Schädigung, Belästigung und Gott weiß sonst noch durch die Bäckereiverordnung er sich in herzerregenden Klagen erging. Dr. Wiermer, Eugens Formulus, schillerte halb mancherlich, halb sozial-reformertisch; bald kannte er die Nothwendigkeit erhöhten Arbeiterschutzes an, bald pries er die Segnungen des „freien Arbeitsvertrages“.

Die Berichte der Gewerbeinspektion antzog Genosse Wurm einer ebenso scharfen wie berechtigten und sachkundigen Kritik, die der sächsische Geheimrath Fischer, dem die andenkliche Aufgabe der Verttheidigung der sozialpolitischen Maßnahmen seiner heimischen Regierung zufällt, vergebens zu enträften suchte. Nachdem alsdann noch Genosse Fischer in einer persönlichen Bemerkung näher erläutert hatte, was er vorher über die mangelnde Lauterkeit einzelner Flottenprofessoren gesagt, schloß die Sitzung. Montag geht der Tanz weiter; Genosse Weibel wird dem dicken Dertel in Sachen der Bäckereiverordnung aufspielen.

24. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky
Die zweite Etatsberatung wird beim Etat des Reichsamt des Innern (Fortdauernde Ausgaben, Titel „Staatssekretär“) fortgesetzt.

Fischer-Berlin (SD.): Ich muß noch einmal auf die 12 000 Mark-Affäre zurückkommen und zwar deshalb, weil der Herr Staatssekretär des Innern im Gegenzug zum Herrn Reichsamtler bei der letzten Erörterung dieser Angelegenheit diese nach anderer Auffassung standlos und die Regierung im höchsten Grade kompromittierende Angelegenheit...

Präsident Graf Bailekrem: Herr Abgeordneter, der Ausdruck „skandalös“ ist nicht zulässig, angewandt auf eine Handlung der verhandelten Regierungen und ihrer Organe. Er verköhnt gegen die Ordnung des Hauses.

Fischer-Berlin (fortfahrend): Ich sage, der Herr Staatssekretär hat diese höchst kompromittierende Angelegenheit nicht nur für völlig harmlos erklärt, sondern sie bis zu einem gewissen Grade gelobt. Nach dieser Erklärung befinden wir uns eigentlich in derselben Lage wie vor Einbringung anderer Interpellationen; allerdings mit dem Unterschiede, daß die Sache inzwischen sowohl für den Herrn Staatssekretär selbst, als auch, was den sachlichen Inhalt der Interpellation anlangt, heute viel schlimmer steht als damals. Damals handelte es sich nur um einen Einzelfall, heute steht durch die inzwischen erfolgte Erklärung des Herrn Baed noch fest, daß in einer großen Reihe von Fällen die Abhängigkeit des Reichsamt des Innern vom Zentralverband zu beweisen ist. Für den Herrn Staatssekretär persönlich steht aber die Sache jetzt auch weit schlimmer. Er glaubte damals allen Ansagen, ob er der Urheber des Briefes sei, damit entgegen zu können, daß er erklärte, es wäre ganz gleichgültig, ob er von dem Briefe gewußt habe oder nicht, er trage jedenfalls die Verantwortung für die Handlungen seiner Beamten. Man schloß daraus genüch, daß er nichts gewußt habe und nur ritterlich seine Beamten bedenken wolle. Nun erschien aber sehr bald ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der der Sache doch ein anderes Aussehen gab. Da hieß es: „Es ist jetzt bekannt, daß in der That sich Herr Baed damals als Opferlamm dargeboten hat, um seinen Chef zu beden. Unter diesen Umständen ist es hoch nicht ganz gleichgültig, ob Graf Posadowsky von dem Brief gewußt hat. Thatsächlich hat er davon gewußt, er hat ihn direkt veranlaßt, und Herr Baed ist nur bei der Ausföhrung des Auftrages besonders arglos gewesen.“ Diese positive Beschuldigung der „Frankfurter Zeitung“ ist meines Wissens bisher nicht zurückgewiesen worden. Ich glaube aber nicht, daß es für das Ansehen des Herrn Staatssekretärs besonders förderlich ist, wenn solche Angaben wochenlang im Lande verbreitet und von Zeitungen und Abertausenden geglaubt werden. Ich komme da zu einer ganz anderen Schlussfolgerung. Ist der Staatssekretär der Schuldige, wie kann man dann Herrn v. Baed zum Opferlamm stempeln und ihn hier im Reichstag nicht mehr als Vertreter der Bundesregierung funktionieren lassen. Das wäre eine schreiende Ungerechtigkei und ein Stuß von der Moral, welche die Nation hängt und die großen laufen läßt. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ist aber die Darlegung der „Frankf. Zig.“ richtig, ist Herr v. Posadowsky der Schuldige, warum zieht man bei ihm nicht auch die Konsequenzen, die man bei dem angeblich schuldigen Herrn Baed gezogen hat. Oder hält man die Thot nur für so kompromittierend, daß der Ministerialdirektor hier nicht mehr erscheinen darf, aber nicht für so sehr kompromittierend, daß der Staatssekretär nicht mehr auf seinem Posten bleiben darf? Wir haben es, wie sich inzwischen herausgestellt hat, nicht mehr mit einer Einzelerklärung zu thun. Herr Baed hat der Welt kund gethan, daß das Reichsamt des Innern seit langer Zeit vom Zentralverband der Industriellen in vorwärtiger, finanzieller und literarischer Hinsicht abhängig gewesen ist. Geld, Beamte, Broschüren zur Vorbereitung der Handelsverträge sind seit Jahren dem Reichsamt des Innern zur Verfügung gestellt worden. Im Bureau des Zentralverbandes ist der Zollwächter entstanden, die Handelsverträge mit Rußland, Japan und Spanien sind alle im Zentralverband gemacht worden. Der Zentralverband aber ist es auch, der die Schuld an dem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung trägt. Wir sprechen auch heute schon den Gedanken aus, daß sich auch die Novelle zum Krankenversicherungsgeetz nach den Wünschen des Zentralverbandes richten wird. In den Fragebogen figurirt die Frage, wo Wahrscheinungen gemacht sind, daß die Beamten im Interesse der sozialdemokratischen Partei mißbräucht werden. Vielleicht läßt der Staatssekretär in den Fragebogen für die Abänderung des Hypothekendarlehengesetzes die Frage annehmen, ob einzelne Bankiers sich besonders durch Verbindung mit Oberhofmeistern und dem Hofe Vortheile erdingen. Es ist festzustellen, daß die Interessen im deutschen Reich die Gesetze machen. Der Staatssekretär ist heute vom Zentralverband abgelehnt. Wer schloß ihn aber vor dem Verdacht, daß bloß die Agrarier an die Stelle der Industriellen getreten sind? Wer schloß das Reichsamt des Innern vor dem Verdacht, daß alle von ihm vorgelegenen Gesetze nur dazu bestimmt sind, die Arbeiter widerstandsunfähig zu machen? Herr Baed hat den Angriff gegen Herrn Posadowsky nach einer Unterhaltung mit Herrn Riquel zurück genommen. Nach Riquels Erfahrungen in der Grünzeit und bei der Discontobank ist er ja in der That beraus, den ethischen Rollen zu spielen. (Heiterkeit links.) Aus den Erklärungen des Herrn Baed geht hervor, daß es sich um ein ganz gewohnheitsmäßiges Verhalten des Reichsamt des Innern handelt. Ich frage deshalb, ob jene 12 000 Mark die einzige Summe sind, die das Reichsamt des Innern vom Scharfmacherverband erhalten hat. (Bravo! links.) Die Behauptung des Grafen Posadowsky, die 12 000 Mark seien nur verwendet worden, um lediglich amtliches Material zu verbreiten, entspricht nicht den Thatsachen. Nur die Reden der Regierungsvertreter und Auszüge aus der Denkschrift — das ist kein amtliches Material, das ist eine tendenziöse Zusammenfassung für unparteiisches Material hätte der Scharfmacherverband nicht einen solchen hergegeben. (Sehr richtig! links.) Wir Sozialdemokraten haben die Reichstagsverhandlungen über die Juchtbandvorlage nach dem Stenogramm herausgegeben. Wenn das Reichsamt im Ernst die Ver-

breitung parteilosen amtlichen Materials gewünscht hätte, dann hätte es sich an die Vorwärtsbuchhandlung wenden müssen. Dort wäre es nobler und anständiger behandelt worden als vom Zentralverband. (Große Heiterkeit, links.) Die erste Handlung Posadowsky war arbeitserfindlich. Es war der geheime Erlaß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Dann erklärte er im Reichstag, das Koalitionsrecht sei im Lande des allgemeinen Stimmrechts überhaupt abeufällig. Niemand hat er sich an irgend einen Arbeiterverein gewendet bei Gesetzen, die sich an die Arbeiter handelten. Gibt es irgend eine Maßregel, wo Unternehmerinteressen in Frage kommen und wo das Reichsamt des Innern sich nicht vorher an die Unternehmervereine gewendet hat? Das Reichsamt des Innern ist aber nichts anderes als eine Filiale des Zentralverbandes (Bravo! bei den Soz.) Graf Posadowsky tritt fast ganz zu Unrecht unsere Zustimmung zur Invaliditäts- und Altersversicherung als ein lobendes Zeugnis für sich auf. Wenn eine solche Zeugnis möglich ist, hätten wir uns vielleicht unsere Abstimmung noch überlegen sollen. Wir haben für die beiden Gesetze gestimmt, weil wir uns lauten: solange dieser Staatssekretär und sein arbeitserfindlicher Einfluß im Reichsamt des Innern vorhanden ist, können wir etwas Besseres für die Arbeiter nicht erhoffen. Weiter schlägt hierauf folgende Resolution vor: „Es soll eine Kommission gewählt werden, die die politischen und finanziellen Beziehungen, die das Reichsamt des Innern mit dem Zentralverband und anderen Interessentengruppen hat, unteruchen und dem Reichstag Bericht darüber erlassen soll.“ (Bewegung.) Als Antwort seine Beschuldigungen gegen Riquel erhob, hat der Reichstag sofort eine Kommission gewählt, um die Sache zu unteruchen. Hier liegen eine Reihe von Thatsachen vor, die das Reichsamt des Innern schwer belasten und dringend der Aufklärung bedürfen. Es liegt uns ganz fern, den Grafen Posadowsky von seinem Plaze zu bringen. Je länger er an seinem Plaze bleibt, desto lieber ist es uns, desto mehr liegt es im Interesse unserer Sache. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ueber die Sache mich noch weiter zu äußern, lehne ich ab. Ich habe die volle Verantwortung übernommen und damit schiedel jeder untergeordnete Beamte aus. Wer die Vorlagen des Hauses hier vertritt, darüber hat nicht dieses Haus zu entscheiden, sondern die Regierung. Nach dem, was heute hier gesagt ist, muß es so scheinen, als ob ich der arbeitserfindliche Mann im Reiche wäre. Bei vorurtheilsloser Beurtheilung meiner bisherigen Thätigkeit wird man zugeben müssen, daß das nicht der Fall ist. Es ist auch nicht gerecht, daß alles, was geschieht, mir persönlich zur Last gelegt wird. Ich habe nur anzuführen, was mich die verhandelten Regierungen gewonnen haben. Die Vorgänge beim Abschluß des russischen Handelsvertrages, an die Herr Fischer erinnerte auf Grund der Wittfeilmengen des Herrn Baed, sind mir völlig fremd. (Hört! hört! links.) Ich will die Wahrheit der Angaben des Herrn Baed nicht bestreiten, ich habe aber nichts davon erfahren. Ich habe hier oft genug erklärt, daß gerade ich die Reform der Krankenversicherung für unbedingt erforderlich halte. Die Herren, die mit in der Kommission für Unfall- und Invaliditätsversicherung gewesen sind, werden mir wohl meine guten Absichten bezeugen. Ich muß noch einmal auf das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen zurückkommen. Zahlreiche Erlasse und Verordnungen, die ich in den letzten Tagen unterzeichnet habe, haben verklärten Schutz der Arbeiter zum Ziele und beweiht damit die Grundlosigkeit der Beschuldigungen des Vorredners. Ich wiederhole noch einmal, daß das Gesetz nicht von mir herrührt und auch nicht das Material, das vorgelegt ist, sondern daß es das Geiz und Material der verhandelten Regierungen ist. Wenn das Material nun unzuverlässig ist, so können Sie sich doch nicht an mich halten. Auch heute wurde wieder die Behauptung aufgestellt, das Koalitionsrecht solle überhaupt genommen werden. Solchen Grundsat habe ich nie ausgesprochen. Der Herr Vorredner hat, dann auf die Aeußerung des Herrn Baed hingewiesen, daß der Zentralverband erheblichen Antheil an der Bildung des wirtschaftlichen Ausschusses gehabt hat. Das ist nur so zu verstehen, daß die Regierung auf Eingaben des Zentralverbandes hin schließlich in die Bildung des wirtschaftlichen Ausschusses gewilligt hat. Ich soll dann ferner das Koalitionsrecht für einen Konfess-erklärt haben. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe es immer für ganz natürlich erklärt bei der heutigen Forderungswelle, daß sich die Arbeiter koaliren; ich habe vielmehr nur gesagt, daß in einem Staatsverweir, wo die Arbeiter in einer großen politischen Partei ihre Vertretung haben, das Koalitionsrecht nicht so notwendig ist, wie in Ländern, wo eine solche Vertretung der Arbeiter nicht vorhanden ist. Wenn Herr Fischer behauptet, die Sozialdemokraten hätten schon daran gezweifelt, ob sie bei ihrer Zustimmung zu dem Unfall- und Invaliditätsversicherungsgesetz nicht auf dem Holzwege gewesen sind, so stelle ich dem gegenüber fest, daß der Regierungsentwurf in mehreren Punkten weiter gegangen ist, als das Haus, und daß, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, alle Parteien beide Gesetze als großen Fortschritt für die Arbeiter anerkannt haben. Ich habe mir bei der Behauptung des Vorredners die Frage vorgelegt, ob ich eigentlich der Reaktionsär bin, als den man mich immer hinstellt, oder nicht viel mehr der Vorredner. Herr Fischer meinte, die Sozialdemokraten hätten schließlich für die Gesetze gestimmt, weil, solange ich hier an dieser Stelle stehe, doch nichts Besseres zu erreichen sei. Wenn, was Gott verhüten möge, einmal in diese Straße ein Mann treten sollte, der das Lob des Vorredners findet, dann würde es mit der Erstzung der bürgerlichen Parteien, mit der Erstzung des deutschen Reichs zu Ende sein. (Sehr richtig! rechts, Inhaft bei den Soz.) Sie freilich würden das Gefühl haben, am Ziel ihrer Wünsche angelangt zu sein. (Ervontes Bravo! rechts, Fischer b. d. Soz.)

Köstke-Deffau (libl.). Von einem System der Bezeichnung seitens des Zentralverbandes kann man nicht sprechen. Es ist auch eine Uebertreibung, den Zentralverband für die Schöpfung der Flotte verantwortlich zu machen. Für die Schöpfung der Flotte war im Volke eine starke Strömung vorhanden, das haben auch die Sozialdemokraten bei der Wahl in Galbe-Wiedersleben gespürt. (Widerspruch bei den Soz.) — In der Affäre Baed-Posadowsky ist

der Wortwahl des Reichskanzlers, es habe sich hier um eine freihändlerische Jurisdiktion gehandelt, ganz unberechtigt. Freilich kann Graf Polakowsky von Glück sagen, daß er bei den Agrariern nicht im Ruf des Freihändlers steht. In Bezug auf die Sozialpolitik bin ich im Großen und Ganzen mit den Ausführungen des Herrn Hofmann einverstanden. Es freut mich, daß er die Tätigkeit der Arbeitervereine anerkennt. Die Arbeiter müssen ebenso wie die Arbeitgeber das Recht haben, die wirtschaftliche Koexistenz für sich anzunehmen. Das Mittel der Streiks muß ihnen deshalb erlaubt sein. Die Erklärung des Handelsministers, der Streik sei immer eine force majeure, ist deshalb sehr bedauerlich, weil sie einen Anreiz für gewisse Unternehmer bildet, sich von lästigen Verpflichtungen frei zu machen. Man hat die Werftarbeiter in Hamburg getadelt, weil sie angeblich den Chinadampfer im Stich gelassen haben, während man für die Heber kein Wort des Tadels gehabt hat. Statt der wünschenswerten Erweiterung des Koalitionsrechts wird es durch Verordnungen, wie die über die der Streikpasse n. v. o. r. d. n. g. und Gerichtsbarkeit eingeschränkt. Man deutet nur an das Urtheil des Kammergerichts gegen das Streikpasse n. v. o. r. d. n. g. Wir fordern freies Vereinsrecht auch für die Frauen, damit sie sich am politischen und wirtschaftlichen Leben beteiligen können. — Auf das Kr a n k e n k a s s e n g e s e z wird man, fürchte ich, noch lange warten müssen, da man politische Zwecke mit demselben verbinden zu wollen scheint. Dann soll man aber doch mindestens die Lücken zwischen der Kranken- und der Invalidenversicherung ausfüllen. Nichtig ist auch, dem Reichsversicherungsamt eine selbstständigere Stellung zu geben. — Die Schonzeit für die Sozialreform hat lange genug gedauert; ein schnelleres Tempo ist dringend nötig. (Bravo! links.)

Dr. Dertel-Sachen (Kont.): Die ewige Wiederholung des Falles Borchke wird nachgerade langweilig. Es scheint, daß die Sozialdemokraten durch ihre fortgesetzten Angriffe die Stellung des Staatssekretärs Polakowsky besetzen wollen. Das Vorgehen des Reichsamts des Innern war ein Fehlgriff; aber die Rolle, die die Richter dabei gespielt haben, war noch viel weniger schön. (Sehr richtig! rechts.) Der Graf Polakowsky ist gewiß kein Agrarier nach meinem Herzen; aber aus seiner großen Sachkenntnis und Tüchtigkeit, aus seiner unabweislichen Lauterkeit (Lachen links) schloß ich die Hoffnung, daß er die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft erfüllen wird. Der Staatssekretär ist nicht ein Sozialpolitiker im Sinne der Arbeitgeber, sondern eher ein solcher im Interesse der Arbeiter, der manchmal sich gegen gerechtfertigte Wünsche der Unternehmer sperrt; wie z. B. im Falle jenes mißrathenen Entlassens Bedels (Heiterkeit), der Bädervereinsordnung, die die Kleinbetriebe dem Reiz zuführt und die Dezentrationen fördert. (Lachen b. d. Sz.) Mit Recht verlangen die Bädermeister eine Änderung dieser Verordnung. Dr. Schönauf sagte einmal, ich sähe aus, wie ein Bädermeister im Sonntagstaat. Nun schön, dann war die Bädererei ein sehr gesundes Gewerbe sein. (Heiterkeit.) Nach wie fröhlich für eine weisvolle Sozialpolitik. Aber auch die Kleinrentner müssen berücksichtigt werden und nicht nur die Arbeiter, die dafür doch seinen Dank wissen. (Bravo! rechts.)

Dr. Wiemer (S. P.): Wichtiger als die Person des Staatssekretärs ist die allgemeine Haltung der Sozialpolitik. Es ist erfreulich, daß keinerlei fälschlich bedenkliche Folgen der Frauenarbeit festzustellen waren. Wir sind durchaus für weibliche Fabrikarbeit, sowie für ein Vorgehen auf dem Wege der Gesetzgebung gegen die Kinderarbeit. Durch das in ersichtlich Weise in Aussicht gestellte Gesetz über die Krankenversicherung dürfen auf keinen Fall die freien Hilfssassen geschädigt werden, die eine wichtige Selbstverwaltungsgeschichte für die Arbeiter sind. (Sehr richtig! links.) Wünschenswert wäre eine Regelung der Arbeitszeit für das Geschlecht der Frau; während für die Binnenschifffahrt in Betracht der sehr verschiedenen Verhältnisse die Sache besser der freien Vereinbarung überlassen bleibt. Ich muß mich noch auf das Verbot des Streikpasse n. v. o. r. d. n. g. im Ubel eingehen. Staatssekretär Niederling erklärte, daß die Gerichte über die Lübeder Senatsverordnungen zu entscheiden haben würden. Das Brandenburger und das Hamburger Landgericht haben nun die Lübeder Verordnung für rathlos erklärt. Der Senat hat erklärt, das Verbot des Streikpasse n. v. o. r. d. n. g. beruhe auf der allgemeinen Politik des Reiches. Das Reich kann sich nicht gefallen lassen, daß in dieser Weise seine Gesetzgebung durch die Willkür der Einzelstaaten illusorisch gemacht werden. Vor allem wird aber die sozialistische Tätigkeit des Reiches durch seine eigene Willkür behindert. Die Willkür der Einzelstaaten wird gewährt durch die geplante Erhöhung der Lebensmittelpreise. Den Vorschlag davon haben allein die Sozialdemokraten. (Bravo! rechts.)

Baron (S. D.): Dem Unternehmertum wird es außerordentlich schwer, etwas für die Arbeiter zu thun. Und wir haben ja auch gesehen, wie es die Regierung mit diesen Unternehmertum verhalten ist. Die Regierung wird sich also damit abfinden müssen, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter immer mehr wächst und die Sozialpolitik wird ja auch eine wirksame Forderung erhalten, wenn durch Maßnahmen der Unzufriedenheit unter den Arbeitern unsere Partei stärker wird. Wenn der Staatssekretär heute behauptet hat, das Zustandekommen habe nur das Wohl der Arbeiter im Auge gehabt und wenn er aus Vortrag gesehen hat über die notwendige Entwicklung der Arbeiterkoalitionen, so ist das eine Behauptung in schmerzlichen Widerspruch zu dem bisherigen Verhalten gegenüber den Arbeiterorganisationen. Wenn Graf Polakowsky so zu den Arbeiterorganisationen steht, wie er heute ausgesprochen hat, so hätte er längst dafür sorgen müssen, daß der Gehalt des Herrn von Borchke, der den Gewerbesekretär beauftragt, mit Arbeiterkoalitionen in Verbindung zu treten, aus Bezugsbereich rückt. In Sachen was ein ähnlicher Gehalt erhält, das ist ein Gewerbesekretär in Leipzig antwortete auf eine Einladung, zu der Bewilligung einer Arbeiterorganisation zu kommen, er würde gerne kommen, könne aber nicht. Damit hat er doch wohl wohl gesagt wollen, daß er nicht kämfe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei kann es jedoch gar nicht sein, daß ein ähnlicher Gehalt mit den Arbeitern sehr gut abzurufen, wie das Barons beweist, daß die Aufklärungsarbeiten in Bayern und Württemberg bei den Arbeitern geschehen. In Sachen allerdings ist die ganze Werksverpflichtung nichts anderes als ein Stück der Unterwerfung. (Sehr richtig!) Ja, es ist das die Mühseligkeit, die in einer Fabrik besteht, in einer Textilfabrikation zum Beispiel, so wird es nicht sein, wenn man in der Fabrik beschäftigten Arbeiter. Der Aufsichtsbewahrer besagte nun dem Arbeiter im Fabrikkomplex in Gegenwart des Herrs über die Mühseligkeit. Dem Wunsch des Arbeiters, alles mit ihm zu sprechen, entgegen der Aufsichtsbewahrer nicht. Hier wurde er also geradezu zum Dezentrationen. Das Resultat war, daß der Arbeiter, der 20 Jahre in der Fabrik gearbeitet hatte, nicht entlassen wurde. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Sachter ist immer noch beständig und so haben auch die Arbeiter Sachter zu verlangen, daß die Gewerbesekretär bei ihnen nicht hinter der anderen Staats nachhinkt. Die Arbeiter können sich jetzt, mit den Inhabern allein zu sprechen, weil sie nicht vorangehen sind, wo die Inhabers Arbeiter, die sich in Dezentrationen hergeben, Kränken erhalten. Wenn solche Verhältnisse vorliegen, kann man sich nicht wundern, daß die Arbeiter der Fabrikation so wenig betheilt werden. Die Inhabers müssen mit den Organisations der Arbeiter in Verbindung treten und dazu muß der Arbeitsentlass ausgesprochen werden. Diese Verhältnisse sind viel besser als die Arbeiterverhältnisse. Es müßte das Inhabers nicht aufgeben werden, mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten. Es werden in Zukunft auch mehr Kräfte zur Gewerkschaft nötig sein als bisher. Selbstverständlich müssen die Kräfte ganz unabhängig von den Arbeitgebern sein. Aber das Regier ist schon gewarnt worden. Es erwidert die Kräfte ganz unabhängig. Hier haben wir die Arbeiter aus Kräfte vor uns. So muß man ein Regier,

wenn man die Kräfte nicht verhindern will. Ich nehme an, daß diesmal nur Mangel an Verständnis in der Ausführung des Registers schuld war und spreche die Hoffnung aus, daß es das nächste Mal zweckentsprechender gemacht wird. — Unsere Kritik hat sicher manches dazu beigetragen, daß sich bezüglich der Gewerkschaften schon manches gebessert hat. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen und nur wiederholen, daß, wenn einmal ein Unternehmer erwacht wird, hier nicht mit so lächerlich geringer Strafe belegt wird, daß diese wie eine Prämie auf Gesetzesübertretungen wirkt. Die Unternehmer verdienen an den Übertretungen hunderte, was ihnen die Strafen kosten. Ueber die Sprachpraxis der Gerichte haben sich unsere Arbeiter überhaupt häufig zu beklagen. Das Kammergericht hat ein Urtheil gefällt, das den Arbeiter geradezu für vogelfrei erklärt, wenn er von dem Unternehmer durch geheime Kränkchen gebrandmarkt wird § 616 des B. G. B., der dem Arbeiter den Lohn zulpricht, wenn er aus persönlichen Gründen ein paar Tage Arbeit verläßt, wird von dem Unternehmer durch Vertrag aufgehoben. Die Unternehmer drücken sich einfach von ihrer Verpflichtung. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Noch ein Wort über die Pensionen der internationalen Konferenzpräsidenten. Auch ein Arbeiter, der zehn Jahre in einem Betriebe ist, verliert alle Ansprüche auf die Pensionen, sobald er entlassen wird. Solchem Mißbrauch muß auf gesetzlichem Wege ein Ende gemacht werden. Zum Schluß mache ich den Herrn Staatssekretär auf die Denkschrift über die Gefahren, denen die Steuerarbeiter ausgesetzt sind, aufmerksam. Diese unglücklichen Arbeiter haben eine vierfach höhere Sterblichkeit als die Arbeiter sonst. 86 Prozent Herben an Erkrankungen der Nierensorgane. Hier muß die Kommission für Arbeiterpolitik möglich gewane Erhebungen anstellen. — Ueberhaupt muß in der Sozialreform rascher vorgegriffen und vor allem ein Reichsversicherungsamt errichtet werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sachl. Bundesbeschl. Geh Rath Dr. Fischer: Von einer Verordnung, die den sächsischen Gewerkschaften verbietet, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten, ist mir nichts bekannt. — Auf die einzelnen, von dem Herrn Vorredner erwähnten Fälle laufe ich nicht ein, ohne auch den anderen Theil gehört zu haben. Nach meiner Besäthe der Justizministerberichte sind die Angriffe des Herrn Baron jedenfalls nicht berechtigt. Die sächsische Fabrikinspektion hält mit der anderer Staaten durchaus den Vergleich aus. Hierauf verlegt das Haus die weitere Debatte auf Montag 1 Uhr.

Sachl. Bundesbeschl. Geh Rath Dr. Fischer: Von einer Verordnung, die den sächsischen Gewerkschaften verbietet, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten, ist mir nichts bekannt. — Auf die einzelnen, von dem Herrn Vorredner erwähnten Fälle laufe ich nicht ein, ohne auch den anderen Theil gehört zu haben. Nach meiner Besäthe der Justizministerberichte sind die Angriffe des Herrn Baron jedenfalls nicht berechtigt. Die sächsische Fabrikinspektion hält mit der anderer Staaten durchaus den Vergleich aus. Hierauf verlegt das Haus die weitere Debatte auf Montag 1 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Frage der Getreidezölle schreibt der Berliner Korrespondent der „Frankf. Bl.“: „Sicher ist jedenfalls, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident entschlossen ist, für höhere landwirthschaftliche Zölle einzutreten. Wie weit diese Bereitwilligkeit geht, weiß man nicht; sie findet ihre Grenze nicht nur in dem Willen und den wirtschaftlichen Anschauungen des leitenden Staatsmannes, sondern auch in der Nothwendigkeit, Handelsverträge abzuschließen, der er sich nicht entziehen wird. Man muß also mit der Thatsache rechnen, daß jedenfalls eine Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle vorgeschlagen wird und es wäre gewiß fahsch, sich schon damit zu trösten, daß Graf Bülow sich über 6 M. für Brotgetreide nicht hinausdrängen lassen werde.“ — Dem „Hann. Cour.“ wird aus Berlin geschrieben: „Die Verhandlungen dürften auf dem Punkte angelangt sein: entweder 6 M. für Weizen und 5 M. für Roggen oder 5 1/2 M. Einheitszoll.“

Ueber die Zolleinnahmen im laufenden Rechnungsjahre vom Monat April bis November ist der Budgetkommission des Reichstages eine spezielle Statistik zugegangen. Daraus ergibt sich, daß die Zolleinnahme gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres nur ein Mehr ergeben von 3 516 426 Mark. Die Zölle auf Roggen und Hafer gaben freilich ein Plus von 15 Millionen Mark; dasselbe wird aber nahezu aufgezehrt durch Ausfälle bei den Zolleinnahmen auf Weizen, Gerste, Mais und Mühlensabrikate. Infolge des neuen Zollgesetzes vom 8. Juni 1900 und der dadurch vor dem Inkrafttreten höherer Zölle gesteigerten Einfuhr haben die Zolleinnahmen auf Branntwein ein Plus von 5 425 185 Mark und die Zolleinnahmen auf Schaumwein ein Plus von 1 284 360 Mark ergeben. Bei Fleisch tritt ein Ausfall an den Zolleinnahmen von über 2 1/2 Millionen Mark ein, bei Koffee von über 1 Million Mark. Zu erwähnen ist auch noch ein Plus der Zolleinnahmen bei Roheisen von über 1 Million Mark.

Ein Pastor über die Folgen des Falles Gähre. In seinem Blatte „Die christliche Welt“, wirft Pastor Martin Rade die Frage auf: Wie denken sich die verantwortlichen Leiter unserer Landeskirchen die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kirche und sozialdemokratischer Arbeiterschaft?

Und er beantwortet sie folgendermaßen: „... zwischen diesem Landeskirchentum und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sehe ich keine Brücke mehr. Es gab Verbindung herüber und hinüber. Hier und da saßen auch sozialdemokratische Gemeindeglieder Vertrauen zur Person eines Pastors. Die Zeit der sozialdemokratischen Pastoren war in dieser Hinsicht nicht unfruchtbar! Aber — eine Parallele liegt nahe. Wie durch die 12 000 Karl-Geschichte, man mag sie in Abstrakt der betroffenen Personen so wenig beurtheilen als man will, das etwa noch vorhandene Vertrauen der Arbeiterschaft zu unserer Staatsregierung einen letzten schweren Stoß erhielt, von dem es sich vorläufig nicht wieder erhoben wird; so hat das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Kirche durch die Finanzkomplimentierung Göhrres einen tödlichen Stoß bekommen. Und darum: was nun? Soll die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit der Kirche nicht des Christentums verlieren, so bleibt ihr nur eine Hoffnung. Die ist, daß innerhalb dieser Kreise selbst christliche Persönlichkeiten entstehen, die zur Bildung einer christlichen Freikirche die Gleichgesinnten sammeln. Wahrscheinlich eine leuchtende Lösung für uns Fremde der Landeskirche, daß wir die Haupt des Christentums in diesem Hof auf eine solche Entwicklung setzen müssen.“

Ein frommer Pastor also, nicht ein „religionsfeindlicher“ Sozialdemokrat, gibt für die Arbeiterschaft die Parole aus: Los von der Landeskirche!

Die Kommission zur Beratung der Seemannsordnung legte Freitag die Beratung beim § 1 des Abschnitts 3, der das Vertragsverhältnis betrifft, fort. Nach der

Regierungsvorlage soll die Gültigkeit des Feuervertrages durch schriftliche Abfassung und durch den nachfolgenden Vollzug der Annahmerung nicht bedingt sein. Die Sozialdemokraten hatten hierzu beantrag, den Beschluß der früheren Kommission gutzuheißen, „wonach der Feuervertrag der schriftlichen Form bedarf“. Der Antrag wurde von antifeministischer Seite unterstützt und rief eine lange Debatte hervor, da die Vertreter der Bremer und Hamburger Rheder lebhaftest Opposition machten, angeblich weil die Rhedereien bezw. die Schiffer dadurch mit allzuviel Scheidereien befaßt würden. Auch die Regierungsvertreter erhoben Bedenken, und die Mehrheit der Kommission vereinigte sich deshalb auf die folgende Formvorbehaltlich einer redaktionellen Aenderung: Der Feuervertrag bedarf der schriftlichen Form, es genügt die Benutzung eines im Seefahrtsbuche vorgezeichneten Formulars, worin die Bezeichnung des Schiffes, des Primatshafens, der Reise oder Dauer des Vertrages, der Höhe der Feuer der Dienststellung, der Zeit und Art der Annahmerung und worin die Unterschrift des Schiffers, bezw. Vertreters der Rheder und des Schiffsmannes enthalten ist. Eine Abschrift dieses Vertrages erhält der Schiffsmann. Es wurde dann noch lebhaft über die von den Sozialdemokraten beantragte Streckung der Zahlung irgend welcher freien Vereinbarung, wie solche nach § 25 der Regierungsvorlage beibehalten sein soll, diskutiert. Die Beratung mußte aber wegen Beginn der Plenar Sitzung abgebrochen werden und wird erst in der nächsten am Mittwoch den 16. d. M. stattfindenden Sitzung fortgesetzt werden.

Kleine politische Nachrichten. Herr von Frege, der Vizepräsident des Reichstages, will mit Ablauf der jetzigen Legislaturperiode dem parlamentarischen Leben adieu sagen — so hat er in einer Versammlung in Weithain selbst verkündet. Der Reichstag wie die Vertreter der Presse in demselben werden ihm ein heiteres Adieu bewahren. — Die Kanalvorlage ist Sonnabend dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen; sie umfaßt den Rhein-Elbe-Kanal, dessen Kosten auf 260 784 700 M. veranschlagt sind, den Groß-Schiffahrtsweg Berlin-Stettin, 41 600 000 M., die Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel, sowie die Schiffahrtsstraße der Warthe von der Mündung der Nege bis Polen 22 631 000 M., den Schiffahrtsweg zwischen Schlesien und dem Ober-Spreekanal 4 100 000 M., weiter die Verbesserung der Weichsel in der unteren Oder, 40 989 000 M., die Verbesserung der Vortul- und Schiffahrtswegverhältnisse in der unteren Havel, 4 670 000 M., in Summa 389 010 700 M. — Eine Arbeitslosen-Versammlung in die am Freitag Nachmittag in Berlin stattfand und von etwa 8500 Personen besucht war, nahm nach einem Referat des Buchbinders Hempfow folgende Resolution an: Die Verarmung der Arbeitslosen giebt ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die heutige wirtschaftliche Bedrängnis nichts weiter ist, als eine schrankenlose Ausbeutung des Proletariats und somit die direkte Ursache der Verelendung und Verarmung der Arbeiterklasse. Eine Besserung dieser Verhältnisse ist nur herzustellen, indem sich das Proletariat in den Besitz der Produktionsmittel setzt; das Mittel dazu ist der wirtschaftliche Kampf. Dahin zu streben sei unser Ziel, welches wir nicht vergessen wollen, wenn wir wieder in Arbeit kommen.“ — Wie die Berliner „Morgenpost“ mittheilt, ist die Pommersche Hypothekbank, Hofbank der Kaiserin, in diesem Jahre außer Stande Dividenden zu zahlen. Im Vorjahre hat sie 7 Proz. ausbezahlt. Die Ursache kann nur darin liegen, daß die Bank ebenfalls, wie die Sparkassen, nichts mehr an Hypotheken besitzt, für die keine Zinsen eingehen. Man wird wohl bald näheres hören. — In dem neuen Militärbesetzungsgesetz, der in Elberfeld demnach zur Verhandlung kommt, heißt es, daß die Zahl der Angeklagten auf 37 M. Jungen sind 209 Personen, als Sachverständige 15, darunter mehrere Generalsärzte benannt. — Wie feinerzeit gemeldet, war dem Reichstags-Beichtstatter Dr. Gambarger wegen einer Notiz über die Audienz des Reichstagspräsidenten beim Kaiser die Karte zum Reichstagsentzug entzogen worden. Seit Freitag ist ihm nun wieder vom Präsidenten des Reichstags auf eine an denselben gerichtete Eingabe hin der Zutritt zum Reichstagsgebäude und zur Tribüne gestattet und ihm wieder eine Karte zum Reichstag ausgestellt worden. Ebenso hat das Personal des Herrn Dr. Gambarger wieder Zutritt zum Reichstagsgebäude erhalten. — Die jährliche Generalversammlung des Bundes der Landwirthschaft findet in diesem Jahre am Montag, den 11. Februar, im Rufus-Bau in Berlin statt. Wasserfischen und Hohlhänger, Kanalreinlichkeit und Liebesgaben werden hier Triumphe feiern. — Veränderungen in der militärischen Uniform werden nach mehreren beschriebener Blätter schon zum 18. Januar erwartet. Es handelt sich im wesentlichen um Abschaffung des sogenannten „Aberrocks“, an dessen Stelle für den Dienst ein steiferer Stoff aus Leinwand nach österreichischem Schnitt in grauem Tuch treten soll, während der bisherige hellblaue Wasserrock nur für Parade- und Gelegenheitszwecke dienen soll. Auch sollen in der ganzen Armee durchweg die hellgelben naturfarbenen Stiefel, wie sie bisher nur die Jäger zu Pferde trugen, eingeführt werden. — Die Insel Salvora an der Küste von Oalicien wurde von der spanischen Regierung angekauft, um deren Verkauf an England zu verhindern. Die Insel Salvora, in der Bai von Arosa gelegen, gehörte einem spanischen Privatmann. Zu Beginn des Jahres hatte ein Engländer acht Millionen Pesetas dafür geboten. Es sollte dort eine Kolonisation für die britische Flotte errichtet werden. — Im bulgarischen Ministerium ist eine partielle Krisis angebrochen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Loutschow und der Handels- und Ackerbauminister Todorow haben dem Ministerpräsidenten ihren Austritt aus dem Kabinett angezeigt. — In Serbien ist am Sonnabend die Slapschina durch eine Thronrede des Königs eröffnet worden. Die neue Session soll unmittelbar darauf wieder geschlossen und eine neue außerordentliche Session am griechischen Neujahrstage, den 14. Januar neuen Stils, wieder eröffnet werden. Die Thronrede zur Eröffnung der Stapschina erwähnt zunächst die Heirat des Königs, mit welcher derselbe sein Lebensglück begründet habe. Dieser Bund sei von Gott gesegnet, da die Königin sich in gelegenen Umständen befinde. Dann spricht die Thronrede in warmen Worten den Dank aus für die Uebernahme der Verantwortung durch den Kaiser von Rußland, welcher dadurch den Beweis geliefert habe, daß die Staatsverwandtschaft zwischen seinem Volk und dem tschechischen für alle Zeiten ein verlässliches Unterpfand für die Zukunft Serbiens bilde, stellt mit Verliebtheit die freundschaftlichen Beziehungen Serbiens zu allen Staaten fest, namentlich zu dem benachbarten Oesterreich-Ungarn und zu dem türkischen Reich und verurtheilt ferner mit scharfen Worten das Verhalten der vorigen Regierung, welche das Land der Anarchie nahe gebracht habe. Der König sei aberzeugt, die heutige Regierung werde, zumal da Rußland energigaltig und für immer das Land verlassen habe, Serbien einer besseren Zukunft entgegenführen. — Für die Sage der Amerikaner auf den Philippinen ist folgende Nachricht aus Manila charakteristisch. Am Mittwoch ist der Transportdampfer „Sheridan“ abgegangen, welcher an kranken Soldaten des 37. Regiments 653 Mann an Bord hatte. Das genannte Regiment hat Mittwoch im Ganzen 1130 Kranke ver-

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Ein Bericht der Kapitäns des Bataillons...

In Kapstadt ist die Erregung über den Anmarsch der Buren besonders groß...

Nur Illustration der Lage auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz verzeichnen wir noch folgende "Neuer"-Mitteilungen...

Durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Präsidenten Kruger...

China.

Vom Chinawirwar. Gegen die Unterzeichnung der "unwiderruflichen Note"...

Zu Ehren des Bruders des Kaisers von China, des Prinzen Tschun...

lischerweise einflussreich sei. — Falls Tschun wirklich Nephilisches behauptet...

Dem "Londoner Globe" wird aus New-York gemeldet, das Kriegsgeld in Washington...

Ueber die Ermordung von Christen veröffentlicht ein italienischer Geistlicher Colletti...

Der Musikvorlage zweites Debut.

II.

A. K. Schon die Verweisung an die Kommission ließ ahnen, was kommen würde...

23. November 1896.

Herr Kaufmann Jenne:

"Ich bin zu dem Resultat gekommen, daß die Gründe, welche für eine Bewilligung sprechen, schwerer wiegen."

Herr Hauptlehrer Hempel:

"Das Unternehmen ist auf einer dreifachen Forderung angebannt. Die erste geschieht dadurch, daß Mittel vom Staate gefordert werden...

"Es wird die Lage der Musiker keineswegs durch dieses Unternehmen gebessert."

"Wenn wir so viel Geld haben, so lassen Sie uns doch lieber die 13 000 Mk. theilen und 130 kleineren Beamten eine jährliche Zulage von 100 Mk. geben."

Herr Landrichter Dr. Sommer:

"Ich wünsche, daß diese Abkündigung zeigt, daß die Bürgerchaft Herz hat für eine Sache, bei der es sich um ideale Güter handelt."

Herr Generalkonsul Petitt:

"Es wird behauptet, daß nur ein kleiner Kreis der bevorzugten Gesellschaftsklassen von unserm Unternehmen Nutzen haben wird."

"Die Kunst soll nicht nur Höflichkeitsspenden zugänglich gemacht werden, sie soll der Allgemeinheit zu gute kommen."

Herr Professor Dr. Müller:

"Ich glaube hervorheben zu müssen, daß die großen Schichten der Bevölkerung nicht diejenigen gewesen sind, von denen der Wunsch ausgegangen ist."

"Jedenfalls sind wir nicht in der Lage, leichtsinnig Geld auszugeben."

Herr Oberlehrer Dr. Baethcke:

"Die große Majorität der Bevölkerung hat kein Interesse für schwere klassische Musik."

"Jedenfalls sind wir nicht in der Lage, leichtsinnig Geld auszugeben."

Herr Hauptlehrer Hempel:

"Soll Jhnen denn das Urtheil der Bevölkerung garnichts? Will man die öffentliche Meinung einfach bei Seite schieben und sagen, wir wollen es trotzdem?"

Herr Landrichter Dr. Wendt:

"Wenn der Senat kein finanzielles Bedenken gegen eine mäßige Subventionierung der Musik hegt, so meine ich, daß auch die Bürgerchaft diese Bewilligung sehr wohl wird verantworten können."

Herr Rechtsanwalt Dr. Götz:

"Was ich will, ist bessere volksthümliche Musik."

Herr Geheimrath Drecht:

"Ich wünsche, daß auch in der Presse das durchaus festgelegt wird, daß wir eine moralische Verpflichtung über die Zeit hinaus durchaus nicht übernehmen, es sei denn, daß die ganze Bevölkerung sich so lebhaft dafür interessiert, daß wir sagen könnten: Gut, wir wollen dasselbe thun."

Herr Oberlehrer Dr. Baethcke:

"Hand an's Herz! Werden nicht nach vier Jahren dieselben Gründe, die heute vom patriotischen Standpunkte aus vorgebracht werden, gerade so geltend gemacht werden?"

Herr Kaufmann Jenne:

"Wir müssen dafür sorgen, daß Lübeck gute Musik bekommt, und die darauf gerichteten Bestrebungen angemessen unterstützen."

Resultat: Bewilligung von 13 000 Mark auf 4 Jahre (52 000 Mark) mit 46 gegen 44 Stimmen.

Die beharrlichen Klinspuzer konnten rufen: "Es ist erreicht!" Damals schrieb der "Gen.-Anz.": "Dieser Sieg der Musikfreunde ist noch weniger als ein Pyrrhus's Sieg, der evtl. seine Folgen bei den nächsten Bürgerschaftswahlen schon zeigen wird."

Damals! Bis jetzt hat dasselbe Blatt noch kein Wort über den erneuten Vorstoß der Geldhungrigen verlauten lassen...

Ob die Parlamentarier, welche 1896 so energisch gegen die Vorlage in's Geschick gingen, nicht inzwischen

z. Th. auch Haare gelassen und sich von der Vortrefflichkeit des musifreundlichen Wirkens "überzeugt" haben...

Sache des Volkes ist es, seinen durch da Privilegirtengewählrecht ihm aufstrotzenden Vertretern den Ton anzugeben...

Was hat der subventionirte Musikverein gethan in den vier Jahren? Ist etwa geschehen, was Herr Petitt, von "lebhaftem Beifall" der Vorlagenfreunde begleitet, als Programm des Vereins veränderte...

Nicht die Spur! Ein kleines Häuflein ist es allzeit geblieben, das Nutzen aus der Subvention zog. Der großen Masse hat der Verein sich nicht um eines Haares Breite genähert...

Heute kommt man bei alledem wieder zum Volke, als sei nichts passiert, und hält die Hand auf!

Die Volksmusik hat man vertheuert und vertreiben. Wenn das Gewerkschaftskartell oder eine ähnliche Arbeitervertretung mit großen Mühen ein billiges, gutes Concert veranstaltet, schwupp! tritt die Vergünstigungssteuerstrafe in Kraft...

Den Verein der Musikfreunde rührt das nicht. Er "schiebt die öffentliche Meinung einfach bei Seite" und sagt "her mit den 75 000 Mk!"

Nur nicht sentimental! Das kennen die Leute nicht. Aber für die — Ideale her mit dem Steuerfädel!

"Wie heißt doch bei Ihnen das gute Wort für "Ideale"?"

Wie die Entscheidung fallen wird, ist unsicher. Abzu großen Hoffnungen wagen wir uns nicht hinzugeben. Das "Trohdem!" welches Herr Hempel vor vier Jahren prägte, es ist ja heute Trumpf!

Mag kommen, was da will! Uns wird es genügen, unsere Schuldigkeit gethan zu haben, indem wir rechtzeitig die Sturmglocke läuteten, um die Sorglosen zu warnen:

Nieder mit der Musikvorlage II!

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, des 14. Januar.

Musik, Musik! Der hiesige Mitarbeiter der "Kieler Zig." ich ebt zu dem Antrag des Musikvereins: "Prinzipiell liegt die Sache heute noch genau ebenso (wie 1896. D. R.); aber es ist nicht zu leugnen, daß der Musikverein und seine Bestrebungen im Laufe der Zeit manchen Anhänger in der Bürgerchaft gefunden haben..."

In Sachen des Elbe-Travelkanals hat, wie offiziell mitgetheilt wird, am Donnerstag hier im Rathhause eine Sitzung stattgefunden, an denen beamtete Vertreter der beteiligten Behörden — von Lübeck die Senatoren Dr. Schön und Wolpmann — theilnahmen.

Der Prozeß des Bürgerrechtsvereins ist auf den 2. Februar vertagt worden, da am Sonnabend der Bertheidiger behindert war.

Aus der Turnerbewegung. Der Bezirksturntag des 4. Bezirks (Lübeck) des Arbeiter-Turnvereins findet am 3. Februar in Rostock in der "Barnowhalle" statt, Anfang 12 Uhr.

Sozialdemokratie und Schutzoll.

Die Sozialdemokratie ist in eine energische Bewegung zur Abwendung der drohenden Gefahr einer neuen hochschützollnerischen Politik, insbesondere einer ungeheuerlichen Erhöhung der Getreidezölle, eingetreten. Selbstverständlich bemüht sich das Agrarertum, dieser Bewegung, die ganz sichere den Charakter einer echten und rechten Volksbewegung annehmen wird, entgegenzuwirken. Seine Delegaten und Agitatoren greifen zu allerlei demagogischen Klaffen. Unter Anderem behaupten sie, daß das Schutzollsystem auf den „Schutz und die Förderung der nationalen Arbeit“ berechnet sei, und daß die Sozialdemokratie früher sich durchaus nicht grundsätzlich gegen dieses System und für den Freihandel ausgesprochen, vielmehr den Schutzoll als unter Umständen berechtigt und notwendig anerkannt habe.

Es erscheint geboten, diese Behauptung in das Licht der historischen Wahrheit zu stellen. Der Freihandel konnte in den siebenziger Jahren auf ein halbes Jahrhundert erfolgreicher Propaganda zurückblicken. Es war ihm gelungen, das Schutzollsystem mehr und mehr zu durchbrechen. Die Abschaffung der Kornzölle in England war sein größter Triumph, wie er denn ja immer vorzugsweise freien Handel in Getreide, oder überhaupt in Rohstoffen im Auge hatte. Er erklärte: „Das ausländische Getreide mit Schutzollern zu belasten, ist infam, heißt auf den Hunger des Volkes spekulieren.“ Die Freihändler gaben sich rücksichtlich der Wirkungen ihres Systems den ausschweifendsten Illusionen hin. Sie meinten, es müsse höhere Löhne, überhaupt eine „gründliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen bringen“ und „die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu einer vollkommenen und dauernden ausgestalten“, sowie die „Brüderlichkeit zwischen den Nationen stiften“.

Gegen diese Illusionen nahm Karl Marx in einer in Brüssel 1849 gehaltenen Rede Stellung. Er legte dar, daß der Freihandel solche Wirkungen nicht haben könne; daß dieselbe unter dem bestehenden Gesellschaftsstande nichts Anderes ist, als die ohne jede Rücksicht auf die arbeitenden Massen sich betätigende Freiheit des Kapitals, und daß sein System die Nationalitäten zersetzt, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf die Spitze treibt, also die soziale Revolution beschleunigt. „Und nur in diesem Sinne“, sagt Marx, „kann ich für den Freihandel.“ Das Schutzollsystem fördere allerdings die freie Konkurrenz im Inneren eines wirtschaftlich noch unentwickelten Landes; es sei ein Mittel, in einem Lande die Großindustrie aufzuziehen, d. h. es vom Weltmarkte abhängig zu machen. Von dem Augenblicke an aber, wo ein Land von dem Weltmarkte abhängig, hänge es auch schon mehr oder weniger vom Freihandel ab.

Bei uns in Deutschland zeigt die Handelspolitik eine merkwürdige Abweichung von dieser Ermägung. Das Schutzollsystem wurde seit 1818 bis in die siebenziger Jahre fortgesetzt durchbrochen und beschränkt zu Gunsten der freihändlerischen Richtung, also zu einer Zeit, wo die die Industrie im Weltmarkt noch keine oder nennenswerthe Bedeutung hatte, wo es sich noch darum handelte, die Großindustrie aufzuziehen. Bis zur Mitte der siebenziger Jahre war Fürst Bismarck ein energischer Vertreter der Freihandelspolitik. Dann vollzog sich in seinen Anschauungen ein vollständiger Umschwung. Eine heftige schützollnerische Agitation, veranlaßt durch den großen

wirtschaftlichen Krach, der sowohl die Industrie als die Landwirtschaft schwer traf, garte ein. In dem der allmächtig leitende Staatsmann sich zu ihrer Töpfung schickte, wurde die Zollpolitik geändert. Ein neues Schutzollsystem begann. Klar lebende Politiker haben damals erklärt, daß diese neue Politik keinen anderen Zweck habe, als den, die unheilvollen Folgen der Gründerperiode von den Schwächern und Ausbeutern auf das arbeitende Volk abzuwälzen, mit dem Schutzollsystem die Möglichkeit zu gewinnen, das Kapital und den Grundbesitz für die durch die Gründerperiode erlittenen Verluste zu Kosten des arbeitenden Volkes zu entschädigen. Die Erfahrung hat das bestätigt. Namentlich war die Industrie in der Lage, den inländischen Verbrauch zu verteuern und zugleich Massen überschüssiger Produkte zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt zu bringen. Auf Kosten der Arbeit des eigenen Landes hat die deutsche Industrie sich ihre Stellung auf dem Weltmarkte erobert.

Wahr ist, daß Sozialdemokraten sich des Defiziten im Reichstage und außerhalb desselben für Schutzölle ausgesprochen haben. Aber immer nur durchaus bedingter Weise und niemals für Getreide, Vieh- und sonstige den Volkseinkommen treffende agrarische Schutzölle. Stets handelte es sich für sie nur um die Frage, ob einzelne Industriesölle geeignet seien, den Arbeitern zu nützen. Ein anderer Gesichtspunkt ist für sie nie in Betracht gekommen. Diesen Gesichtspunkt machte im Norddeutschen Reichstage der sozialdemokratische Abgeordnete für Hamm-Eberfeld, bekanntlich eine der bedeutendsten textilindustriellen Zentren, Dr. von Schwarzer, geltend, als die Agrarier — man thut gut, sich das zu merken — aus Furcht gegen die Industrie, die Kornzölle abschaffen wollten. Er trat für Beibehaltung dieser Zölle ein, unter der Begründung, daß ihre Abschaffung die textilindustriellen Arbeiter schädigen würde. Das war eine rein praktische Ermägung im Einzelfall. Im Jahre 1877 war auf Bismarck's Antrag die Aufhebung der Eisenzölle erfolgt. Da nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Brack Anlaß, auszuführen, daß in solchen Fällen, wo durch Aufhebung industrieller Schutzölle eine Industrie plötzlich dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig und damit eine große Anzahl ihrer Arbeiter brotlos gemacht werden würde, die Aufhebung nicht gut zu heißen sei.

Wichtig von rein praktischen Ermägungen dieser Art, rücksichtlich der Interessen der Arbeiter, sind auch diejenigen Sozialdemokraten, die sich später noch, bis in die neueste Zeit hinein, nicht grundsätzlich ablehnend gegen industrielle Schutzölle verhalten haben, geleitet gewesen. Darüber kann Jeder aus den Protokollen des Stuttgarter und des Mainzer Parteitages sich belehren. Über keinem Sozialdemokraten ist es jemals eingefallen, dem seit 20 Jahren in Deutschland bestehenden, geradezu auf die Volkswirtschaft berechneten Systeme der Schutzöllnererei das Wort zu reden. Besonders darüber ist in der Partei immer nur eine Ueberzeugung gewesen, daß die Kornzölle unbedingt von uns aller Entschiedenheit zu bekämpfen sind. Durchaus empfindend der gewinngefährlichen Entwicklung der Schutzöllnererei hat die Sozialdemokratie ihre Stellung genommen. Der sozialdemokratische Parteitag zu Gotha 1876 sprach sich dahin aus, daß die Frage des Schutzollsystems ein politisches, von Fall zu Fall zu entscheidende sei, die die Arbeiterklasse aber davon geratet werden müsse, „für die von dem Vorkommen nach Schutzoll eine Entscheidung ein Lande Bourgeoisie die Kassen aus dem Feuer zu holen.“ Der Erfurter Parteitag 1891

nahm in das neue Programm die Forderung auf, daß alle Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer unorganisierten Minderheit opfern, abgeschafft werden.

Die Erfahrung der folgenden Jahre lehrte immer deutlicher, daß es Zölle u., die den Interessen der Allgemeinheit entsprechen, überhaupt nicht mehr giebt, daß das ganze Schutzollsystem lediglich den Interessen bevorzugter Minderheiten diene. Dieser Erkenntnis entsprechend haben der Stuttgarter und der Mainzer Parteitag die Stellung der Partei zu der Zollpolitik modifiziert. Was danach jetzt für die Partei gilt und in den handelspolitischen Kämpfen der Gegenwart schärfsten Ausdruck finden muß, ist: Abschaffung aller Zölle und Zollerhöhungen, eventuell Befreiung der bisherigen Zollsätze; Innehaltung einer auf Abschaffung der wechselfeindlichen Handelsbeschränkungen und auf Förderung des freien Weltverkehrs gerichteten Handelsvertragspolitik.

Es ist noch zu erwähnen, daß die Agrarier-Organen (Deutsche Tagesztg. u. a.) auch Unfug treiben mit dem vor einem halben Jahrhundert von Karl Marx gethanen Ausspruch, daß das Fallen des Preises der landwirtschaftlichen Produkte die Löhne der Arbeiter, der landwirtschaftlichen wie der industriellen, reduziert. Auf diesen Ausspruch glauben sie die Sozialdemokratie „festzuhalten“ und zugleich glauben machen zu können, daß ihre auf Erhöhung der Getreidezölle usw. gerichteten Bestrebungen auch im Interesse der Arbeiterklasse sind, sie folgern: „Hohe Getreidepreise, hohe Löhne.“ Damit geben sie zu, daß nicht, wie sie sonst lügen, „das Ausland den Zoll trägt“, sondern daß die einheimischen Konsumenten damit belastet werden. Abgesehen davon ist die Folgerung unfinnig. Der Sinn jenes Ausspruchs von Marx ist: Das Kapital hat die Tendenz, niedrige Lebensmittelpreise durch niedrige Löhne „auszugleichen“; dieser „Ausgleich“ gelingt immer, wenn die Arbeiterklasse nicht im Stande ist, sich gegen die Lohnreduktion erfolgreich zu wehren. Können wirtschaftlich aufgeklärte Arbeiter das auf dem Boden ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, so wird der Anspruch natürlich hinsichtlich. Auch gute Arbeiter-Schutzgesetze wirken gegen die in Rede stehende Tendenz des Kapitals.

Eine Vertteuerung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter durch die Schutzollpolitik hat stattgefunden, und zwar eine ganz erhebliche. Und der „Ausgleich“, soweit von einem solchen die Rede sein kann? Haben die hohen Lebensmittelpreise ohne Weiteres eine Erhöhung des Lohnes mit sich gebracht? O nein! Die Großgrundbesitzer haben von den Vorteilen ihres Zollschutzes ihren Arbeitern auch nicht den kleinsten Antheil abgegeben. Und die industriellen Arbeiter haben sich jede Lohnserhöhung, jede Verkürzung der Arbeitszeit erkämpfen müssen. Wo sie wenigstens eines theilweisen Ausgleiches der Lebensmittelveertteuerung theilhaftig geworden sind, da verdanken sie das nicht der Freiwilligkeit der Unternehmer und auch nicht dem sogenannten „natürlichen Zusammenhange zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und dem Preise der Arbeitskraft“, — sondern ihrer Organisation und ihrer Koalitionen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Ausstand der Rutscher, Handwerker und Arbeiter der Ber-

Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Anton Hager stand abgefordert von den Zuschauern, einsam an den Stamm einer alten Buche gelehnt, und blinnte müden Auges und mit einer eigenthümlichen Unruhe vor sich hin. Seine Gedanken mochten mit seltsamen Dingen beschäftigt sein, denn er zeigte durchaus kein Interesse für seine Umgebung; nur hin und wieder horchte er mit ängstlicher Spannung auf die im gedämpften Ton geführten Gespräche der Gerichtsperjonen und Polizeibeamten, als sei jedes ihrer Worte geeignet, greifbare Anhaltspunkte für seinen eigenen verworrenen Gedankengang zu bieten. Auf die erste Kunde von der furchtbaren Entdeckung war er von urplötzlich auftretenden dunklen Vermuthungen erfüllt, hierher geeilt und sein äußeres Wesen bekundete nur zu deutlich den gewaltigen Aufbruch seines Innern, den er mit wenig Erfolg zu meistern suchte.

Mit ängstlicher Erwartung flogen Antons unruhige Blicke hinüber zu den Kriminalbeamten. Er sah, wie sie nun auf den Bürgermeister zutreten und diesen in ein Gespräch verwickelten, das offenbar nur den Zweck haben konnte, Unterlagen für die Nachforschungen nach der Person des Mörders zu gewinnen.

„Finden Sie keinen Verdachtsmoment, Herr Reinhart, welches geeignet wäre, uns auf die Spur des mutmaßlichen Thäters zu leiten?“ fragte der Kriminalkommissarius, indem er ein Notizbuch, das schon vorhin zu verschiedenen Aufzeichnungen gedient hatte, wieder hervorzog. „Sie haben ungewisselhaft eine umfassende Kenntnis der Charaktereigenschaften und Eigenschaften eines großen Personenkreis. Ist Ihnen in der letzten Zeit nichts Auffälliges, besonders

Merkwürdiges begegnet? Jede Auskunft in dieser Richtung ist für mich von Werth.“

Reinhardt machte einige Sekunden hindurch ein höchst nachdenkliches Gesicht und zog die breiten Schultern in die Höhe.

„Bedaure augenblicklich, Herr Kommissar — ich wüßte nicht, nach welcher Richtung — allerdings zweifelhaft Subjekte befinden sich viel hier — doch halt — warten Sie einmal —“ Eine lange Pause folgte, dann zog ein Strahl triumphirender Freude über das breite, aufgedunsene Gesicht und die kleinen boshaften Augen des Mannes streiften seitwärts nach dem Ort, an welchem Anton noch immer unbeweglich stand.

„Einen Verdacht hätte ich wohl und einen sehr schwerwiegenden, wie mir dünkt,“ flüsterte er nun in gedämpfem Ton dem Polizisten zu. „Die bedeutenden Geldausgaben des Burtschen in letzter Zeit, obwohl er keinen Erwerb hat — ohne Zweifel — ich meine, Herr Kommissar, Sie könnten Ihre Aufmerksamkeit einmal dem Anton Hager zuwenden, der dort drüben an der Buche lehnt.“

Die scharfen Augen des Beamten folgten der angegebenen Richtung und waren durchdringend den jungen Mann, der die auf ihn gerichteten forschenden Blicke wohl bemerkte, aber jedoch nicht die geringste Notiz davon zu nehmen schien.

„Um, Sie sagen, er habe sich durch bedeutende Geldausgaben auffällig gemacht —?“

„Gewiß, und Jedermann wundert sich, wie er, da er keinerlei Erwerb hat, zu solchen Geldmitteln gelangt ist.“

Der Beamte nickte viel sagend und befriedigt.

„Ah, das ist schon etwas!“

„Ueberhaupt ist er ein übel berüchtigter und gefährlicher Mensch, dem ich das Eidamt zu raue. Sein Vorleben ist schon recht bezeichnend und ich habe mich in letzter Zeit dringend veranlaßt gesehen, den Burtschen scharf im Auge zu behalten.“

In diesem Augenblick trat Gröndler in tief bemühtiger Haltung zu der Gruppe und bat mit unterwürfiger Miene, den Herren eine vertrauliche Mittheilung machen zu dürfen. Auf einen bedeutamen Wink des Kommissars traten die Personen hinter ein Gebüsch, das sie vor den Blicken der gaffenden Dörfler verbarg, und sprachen in geheimnißvoller Weise.

Das Verhör Gröndler's nahm nur wenige Minuten in Anspruch.

Der Kommissar, der eifrig Notizen gemacht, schien höchlich zufrieden.

„Ich danke Ihnen, meine Herren. Ihre Mittheilungen sind allerdings derartig gravirend und belastend, daß kaum noch ein Zweifel aufkommen kann, daß wir den Thäter in dieser Person gefunden haben.“

Auf keinen Wink kamen zwei Gensdarmen herbei, denen er einige Worte zuflüsterte.

Die lauschende Menge beobachtete alle diese geheimnißvollen Vorkarben der Beamten mit immer höher steigender Spannung.

Wenige Sekunden später sah Anton die Polizeibeamten auf sich zuschreiten.

„Sie sind der Arbeiter Anton Hager?“ fragte der Kommissar, den jungen Mann scharf fixierend.

„Zu dienen, der bin ich — und Sie wünschen von mir?“

„Sie sind des Mordes verdächtig — ich muß zu ihrer Verhaftung schreiten!“

„Ich — des Mordes verdächtig?“

Heiser und gepreßt entrangen sich die Worte den Lippen Antons. Unwillkürlich wich er jäh einen Schritt zurück und seine weitgeöffneten Augen hafteten entsetzt auf die steinernen Züge des vor ihm stehenden Beamten, der jede seiner Bewegungen prüfend verfolgte.

Dann aber fiel der Blick des jungen Mannes auf die höhniß und tödtlich lächelnden Gesichter Reinhardt's und

einigen Berliner Mörtelwerke wurde durch Vergleich vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts beigelegt. — Die Maschinen-Textil-Fabrikanen suchen das Zweifelhafte einzuführen, wogegen sich die Arbeiter aber trotz der schlechten Konjunktur sträuben. Bei der Firma Gebr. Börsch ist es deswegen schon zu einem Streik gekommen, und es hat den Anschein, als ob es bei der Firma Kelleßen auch soweit kommen soll. Der christliche Textilarbeiter-Verband hat den Ausständigen seine Unterstützung zugesagt.

Die Berliner Tischler-Zinnungsmeister wollen von ihren Terrorisierungsgeleuten nicht ablassen. Eine Versammlung von mehr als 1800 Tischlermeistern nahm den Antrag an, an der Einführung des Kontrollbuchs unter allen Umständen festzuhalten. Sollte die Unterschrift seitens der Arbeitnehmer verweigert werden, so sind Lohnarbeiter sofort, Aufarbeiter nach Vollenbung ihres Auftrages zu entlassen. Falls einzelne Werkstätten oder Bezirke gesperrt werden sollten, sind auf Anordnung der betreffenden Vorstände — oder Meister - Organisationen. Red. — im ganzen Gewerbe prozentualer Entlassungen vorzunehmen. — Die Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes hat daraufhin Donnerstag beschlossen die Sperre über die Werkstätten, von Entlassungen wegen des Kontrollbuchs vorgenommen sind, aufrecht zu erhalten und im übrigen die Entschreibung des Einigungsamtes am Montag abzuwarten. Zugang von Holzarbeitern nach Berlin ist selbstverständlich bis auf Weiteres fernzuhalten.

Wie's gemacht wird. Die badische Fabrikinspektion erließ eine Verfügung, wonach die Arbeitsräume nicht während der Arbeitszeit, sondern nach Schluß der Arbeit gekehrt werden müssen. Das scheerte aber die Fabrik „Union Elod“ in Furtwangen wenig. Sie ließ einfach unter den Arbeitern folgendes Schriftstück zum Unterzeichnen herumgehen:

„Die unterzeichneten Arbeiter erklären hiermit, daß das Kehren während der Arbeitszeit nicht arbeitsstörend und gesundheitschädlich ist.“

Natürlich haben alle Arbeiter bis auf einen dieses Dokument unterschrieben. Freiwillig! wird die Fabrikleitung sagen. Natürlich. Wenn die Herren Werkführer selbst mit dem Zirkular zu den Arbeitern gehen, so weiß Jedermann, was das für den abhängigen Arbeiter, gar in der gegenwärtigen Zeit bedeutet. Hoffentlich macht die Fabrikinspektion diesen Kniff der Fabrikleitung zu Schanden.

Er hat sich die Sache überlegt, der Herr Regierungspräsident von Posen. Die Zahlstelle der Schuhmacher erklärte er erst als politischen Verein auf Grund der Statuten des Vereins deutscher Schuhmacher. Jetzt antwortet er auf die weitere Beschwerde beim Oberpräsidenten, und auf einmal wird die Zahlstelle von ihm gerade auf Grund derselben Statuten als unpolitisch bezeichnet. Die Bezeichnung ist erfreulich. Wieselt will Herr Bitter als der designierte Nachfolger des Grafen Poljadosky seine Unparteilichkeit in aller Eile noch ein bißchen frisch aufblühen, und hat er den Regierungspräsidenten eines Besseren belehrt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ueber das Erdbeben in Schlesien wird weiter gemeldet: In Landeshut wurden die Bewohner durch einen heftigen Erdstoß aus dem Schlafe geweckt; in den Schränken wurde das Geschirre durcheinander geworfen, in Schweidnitz, Striegau, Bunzlau und Wichensbach wurden ebenfalls Erschütterungen wahrgenommen. Auf der Station Reifen will man beobachtet haben, daß der Morgenstern auffallend hell aufging und sich dann plötzlich verdunkelte. In Hagnau war die Erschütterung so stark, daß viele Bewohner durch das Klirren der Fenster aus dem Schlaf geweckt wurden; im Süden des Hagnauer Kreises wurden sogar in Schränken aufbewahrte Glasjachen zertrümmert. — Ihre Verletzungen erlitten sind die vier am Mittwoch auf der Zeche „Shannos 1 und 2“ bei Dortmund verunglückten Bergleute. — Ueber das Brandunglück in Köln erstattete auf Anregung der Stadtverordneten der Oberbürgermeister in der Donnerstag-Sitzung Bericht. Er versicherte, daß vor Eintreffen der Feuerwehr der Ladeneinhaber Riez sich bereits in Sicherheit gebracht habe, unbekümmert um das Schicksal seiner gesamten Familie, die er in den brennenden Räumen des Erdgeschosses zurückließ. Es sei unbegreiflich, daß der Besizer nicht auch seine Kinder gerettet habe,

Grübler's, die sich schnell genähert hatten und sich an dem Entsetzen des Opfers ihrer raschfichtigen Verdächtigungen mit triumphierender Freude weideten. Man fiel es ihm wie Schuppen von den Augen, und im Moment wurde es ihm sonnenklar, wem allein er es zu verdanken habe, daß man ihn dieses gemeinen, dieses blutigen Verbrechens beschuldigte.

Freilich sprachen die Thatfachen sehr zu seinen Ungunsten, das wußte er. Die bedeutenden Gelbbaugaben, die er gemacht, mußten bei dem Bekanntheit seiner Erwerbslosigkeit für Jedermann doppelst auffällig erscheinen; die nicht zu beirende Thatfache, daß er öfter den Wald aufgesucht und dabei mehrfach gesehen worden war, varentlich von den gesessenen Liebedienern seiner politischen Feinde, die seinen Schritten nachspähten, mußten ihn auch in weniger strengem Augen, wie die der Kriminalpolizei, verdächtig machen, in Verbindung mit der jetzt entdeckten Mordthat zu stehen, wenn auch daraus allein ein unmissbarlicher, sicherer Schluß auf seine Thäterschaft noch nicht zu ziehen war. Der Verdacht, gegründet auf schwer belastende Thatfachen, war da, von seinen Feinden mit Besagen ausgeprochen und selbstredend mit Hitz verparßt und genährt, und er wußte nicht, wie er sich davon reinigen konnte. Was sollte er auch zur Glaubhaftmachung der Entschuldigungsgründe vorbringen, daß all die angegebenen Schuldmomenten nur unglückselige Zufälle entsprangen? Wer würde ihn glauben, daß er die Geldmittel von einem Fremden, dessen Namen er nicht einmal nennen konnte, für gekliffte Dienste empfangen?

Wer würde ihn glauben lassen, daß seine Streifen im Rolde herablos, rein unthätigen Zwecken dienen? Auch der janzbare Verdacht, den er selbst angestrichelt dieser Mordthat begangen wäre nur mit nebligen Bedenken ausgesprochen worden, wenn konnte er diesen Verdacht nicht einmal ansprechen, ohne sein dem Fremden gebührendes Verpöden

die er vom Dache des Abortes aus bequem erfassen konnte. Diese Aeußerung des Oberbürgermeisters deckt sich auch völlig mit den in der Stadt umlaufenden Gerüchten, wonach der Mann zunächst sein Geld gerettet habe, alsdann aus dem Hause geflüchtet sei, aus dem wenige Minuten später die verlohnten Leichname seiner Angehörigen hinausgeschafft wurden. — Eine strenge 10tägige Quarantäne für alle Herkunft aus Konstantinopel wurde in Sulina angeordnet. Ein weiterer Pestfall ist bisher noch nicht festgestellt worden.

Ein Dokument der Unternehmerbildung, das unverkürzt von der Borntheit mancher Leute zeugen möge, ging den organisierten Maurern in Fürstengewald, die demächst in eine Lohnbewegung eintreten wollen, zu. Hier ist es:

An den Vorstand, der Patent Maurerverammlung am Sonntag d. 18. d. M. An die Tagelöhne die sich Maurergesellen schimpfen.

Tagelöhne roth harige Hunde, Faulenzer müchtet Ihr nicht lieber gleich Rüßstricke mitbringen und eure Meister darauf aufhängen???

Ihr Lumpen Hunde verdient? nein verdient nicht die Hälfte, was Ihr fordert und bekommt, was haben denn eure Meister hier erworben, gar nichts, die leben schlechter in Ihrer Familie wie Ihr, denn Ihr freßt das Fett, die Meister sollen die Schulden freffen. Ihr seid die Wampfire der ganzen menschlichen Gesellschaft, Umstürzler der Menschheit, das gemeinste Raubthier ist, unbewußt der Thierischen Gefühle, gegen seine Mitgeschöpfe gefühvoller wie Ihr, Zweisinnige Hyänen, gegen eure Nebenmenschen. Aber Ihr, den thierischen Hunden gleichwertige Geschöpfe die Zeit wird kommen wo Ihr auf den Knien rutschend, um Arbeit betteln wird, dann sollt Ihr Straßendreck freffen, wie in China die Hunde, Ihr für die der dreckigste Kinnstein, zu rein ist Euch darinn liegen zu lassen. Psiu über solche Kreaturen, die leider Menschen ähnlich sehn, aber unter den stinktesten Thier registriren. Psiu und lauter Psiu.

Pöden und Pest vernichte Euch, Kalkbrühe freffe eure Leichen dem für den Teufel seid Ihr zu schade.

Aus der besten der Welten. Eine auf der Wanderschaft befindliche Frauensperson — „Zippelschicht“ nennt das Kundenröthwäch eine solche Frau — gab am Mittwoch in der Nacht um 12 Uhr, bei 12 Grad Kälte, auf freiem Felde in der Nähe der Traubserne in Spandau einem Kinde das Leben. Eine andere Frau, mit der sie zusammen wanderte, kam am nächsten Morgen in die Stadt zur Polizei und meldete den Vorfall, worauf sich sogleich ein Beamter hinausbegab, um die Wöchnerin mit dem Kinde in's Krankenhaus zu schaffen. Als man aber an der von der andern Frauensperson bezeichneten Stelle anlangte, waren Mutter und Kind verschwunden und hatten das Stadtgebiet offenbar bereits verlassen. Wohin die Unglückliche mit dem Kinde sich in ihrer Noth gewendet hatte, konnte nicht ermittelt werden.

Sin Hoch auf den überwachenden Polizeibeamten hatte nach einer Polenversammlung in Düsseldorf ein Mauerer ausgebracht. Der Beamte erblühte in diesem ironischen Hoch eine Beleidigung. Der Mauerer wurde, nach der „Warmer Ztg.“, aber freigesprochen, da ein beleidigendes Verhalten aus dem Vorgang nicht hergeleitet werden konnte.

Der „Weiberschmaus“ in Arfeld. Aus Siegen (Westfalen) wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: In dem Bestreben, „wirthschaftliche Uebelstände zu beseitigen“ haben noch kurz vor Jahreschluß die männlichen Bewohner der Orttschaft Arfeld im Kreise Wittgenstein, sich aufgeführt und folgendes Injariat in Nr. 103 des „Wittgensteiner Kreisblattes“ losgelassen:

Gegen die hierorts übliche Sitte des sogenannten Weiberschmaus müchten die Unterzeichneten entschrieben protestiren. Durch die vielen, zum Theil unliebamen Besuche, welche größtentheils auch noch in die Abendstunden verlegt werden, wird das Wohlbestanden der Wöchnerinnen sicher nicht gefördert, im Gegentheil — es würden dieselben eher verderben bringen, da bekanntlich die Wöchnerin fast stets darunter zu leiden hat. Vielleicht tragen diese Besuche dazu bei, die hiesigen Frauen zu der vernünftigen Einsicht zu bringen, für die Folge derartige, doch mehr lästige Besuche zu unterlassen.

Arfeld, den 18. Dezember 1900.
Mehrere Interessenten.

zu brechen, über die Art seiner Dienstleistung das strengste Stillschweigen zu bewahren. Der Fremde hatte seiner Ehrlichkeit vertraut und diesem Vertrauen wollte er sich als charakterfester Mensch auch voll und ganz würdig erweisen.

Das Gefühl der ohnmächtigen Verzweiflung, sich den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen wehrlos gegenüber zu sehen, war es, das ihn in eine eigenthümlich wirkende Erregung brachte, die von dem geschäftlich und gewohnheitsmäßig urtheilenden Polizeibeamten gierig erfaßt und für das Zeichen des schlecht gehüteten Schuldbewußtseins aufgenommen wurde.

Das ist ein Irrthum — eine schändliche Verdächtigung, die ich weit von mir weisen muß. Ich habe keinen Theil an diesem Verbrechen!“ rief er mit erhobener Stimme und abweisender Entrüstung hervor. Seine Wangen waren dunkel geröthet und die funkelnden Augen mit anklagendem Vorwurf auf seine Feinde gerichtet, die nur ein Lächeln der Schadenfreude für ihn hatten.

Das wird die Untersuchung ergeben, entgegnete der Beamte kalt und legte seine Hand schwer auf die Schulter Anton's. „Unschuldig nennt sich jeder Verbrecher. Die Thatfachen sprechen gegen Sie. Meine Pflicht ist es, Sie zu verhaften.“

Die anwesenden Beamten schlossen auf einen Wink ihres Vorgesetzten den Verhafteten ein und schickten sich an, ihm die Hände zu fesseln.

Auf die Zusammermenge hatte diese ganz unerwartete Wendung der Dinge momentan lähmend gewirkt. Eine unheimliche Stille war eingetreten und bei Alt und Jung schien der Athem ins Stocken gerathen zu sein. Doch als sich der Mann der Bestürzung gelöst, drängten alle dem Plage näher, wo Anton von den Polizeibeamten umgeben war, und eine lebende Bewegung entspann.

Einige Bordstühle stießen laute Verwünschungen gegen

Den Appell an die Einsicht der Arfelder Frauen hat den Erfolg gehabt, daß diese nunmehr ihren Gehälften den Standpunkt gehörig klar machen. In Nr. 2 des genannten Blattes vom 5. Januar findet sich nämlich folgende Erwiderung:

Auf den in Nr. 103 d. Bl. erschienenen Protest mehrerer hiesigen Interessenten gegen den Weiberschmaus erwidern wir folgendes: Für eine Wöchnerin ist der Besuch seitens einer Verwandten oder einer Freundin nicht nachtheilig. Die Gesundheit derselben wird vielmehr dadurch untergraben, wenn der Mann des Nachts spät aus der Wirtschaft geholt werden muß und betrunken nach Hause kommt, worüber die Frau sich dann ängstigt und aufregt. Oder ist das vielleicht für die Gesundheit einer Frau stärkend und fördernd, wenn sie jedes Jahr einem Kinde das Leben schenken muß? Derartige Frauen werden gerne den Besuch von Verwandten und Freundinnen willkommen heißen, um bei ihnen Trost und Hilfe zu suchen. — Mit der Mahnung: Kehre ein jeder vor seiner Thür, dort findet er genug Dr. . . . möchten wir in dieser Sache das letzte Wort gesagt haben.

Arfeld, den 2. Januar 1901.
Mehrere Interessenten und Interessentinnen.

Nach dieser Probe zu urtheilen, werden die wackeren Arfelderinnen in dieser Sache das letzte Wort behalten.

Das Testament Andreess. Jahre sind vergangen, seitdem der kühne Nordpolfahrer seine Reise durch die Lüste antrat, und all' die Hoffnungen Derer, die immer noch an eine Rückkehr glaubten, sind nunmehr in ein Nichts zusammengefunken. Bevor Andree seinen gefahrvollen Weg beschritt, mochte er selbst wohl noch einen Funken von Hoffnung an eine einstige Wiederkehr befehen haben, denn er machte sein Testament mit der Bestimmung, daß man es erst am Ende des Jahres 1900 eröffnen dürfe. Wochen, Monate, Jahre verstrichen, von Andree war nichts mehr gesehen. — Sonntag vor acht Tagen war in Stockholm der Tag, an dem man sein Testament eröffnete. Der ergreifende Akt vollzog sich in der Kanzlei des Notars Hartius, und zwar auf Verlangen der Schwester Andreess. Der jüngere Bruder, ein Ingenieur, wollte noch warten, es schien, als ob er die traurige Wirklichkeit hinauschieben wollte. Bei der Testamentsöffnung waren außer dem Geschwisterpaar noch einige Verwandte und viele Freunde zugegen. Tief ergriffen hörte man die einleitenden Worte des Notars an, eine kurze Abschiedsrede für den Polarforscher. Dann schnitt Hartius die mit schwarzen Siegeln verschlossenen Papiere auf. Das Bündel enthielt gefordert viele kleinere Schriftstücke. Mehrere von ihnen waren in eine Wachleinwand eingehüllt, die folgende Aufschrift trug: „Nicht lesen, verbrennen!“

Ferner fand sich eine Reihe von Aufschriften von Gelehrten vor, die Andree ermunterten, seine waghafte Fahrt zu unternehmen. Diese Briefe legte Andree wohl zu dem Zweck bei, um damit eine Begründung für sein kühnes Unternehmen zu geben. Unter den Briefen war nur ein einziger, der vor dem abenteuerlichen Unternehmen warnte und diesen hatte der Franzose De Fowille geschrieben. Bezeichnender Weise war dieser Brief mit der Bleistiftbemerkung versehen: „Es ist möglich, daß er Recht hat, aber es ist schon zu spät. Ich habe alle Vorbereitungen getroffen, ich kann nicht mehr zurückstehen.“ — Das Testament selbst ist sehr kurz abgefaßt. Andree, der wissenschaftlich strenge Mann, hat jede Sentimentalität vermieden. Nur die einleitenden Zeilen verrathen, daß er schon im Klaren war mit dem Geschick, das ihn erwartete. Der Inhalt des Testaments lautet folgendermaßen:

„Das Testament, welches ich heute schreibe, ist wahrscheinlich das letzte Schriftstück, das ich verasse, daher rechthältig. Ich schreibe am Abend, bevor ich eine Reise antreten werde, die Gefahren bringen wird, wie sie die Geschichte bis jetzt aufzuweisen nicht in der Lage ist. Meine Ahnung flüstert mir zu, daß diese schreckliche Reise für mich den Tod bedeutet.“ Es folgt nun der verordnete Theil des Testaments. Das aus einigen Tausend Mark bestehende Vermögen fällt zur Hälfte dem Bruder, zur Hälfte der Schwester zu. Seine großartige Bibliothek, die mit den bedeutendsten wissenschaftlichen Werken ausgestattet ist, überließ Andree seinem Bruder unter der Bedingung, daß er sie seiner Zeit einer Volksbibliothek vermache. — Die Testamentsöffnung war nunmehr beendet. Damit schloß der letzte Akt der Tragödie Andreess.

den „Mörder“ und „Todtschlager“ aus und zeigten nicht übel Lust, an dem jungen Mann sofort Volksjustiz zu üben, und nur die streng zurückweisende Haltung der Polizisten konnte sie in angemessenen Schranken halten. Die große Mehrzahl aber, meist Freunde, Kameraden und Gesinnungsgenossen Anton's, die dessen Charakter zur Genüge kannten, um überzeugt zu sein, daß jeder unlautere Verdacht, selbst der leiseste Schatten eines solchen ein schweres Unrecht an ihm lei, ergriff offen Partei für Anton und begann, gegen die Verhaftung stürmischen Protest zu erheben, der allerdings ganz zwecklos sein mußte.

„Hager ist unschuldig! Wir stehen für ihn ein! Laßt ihn los, er ist nicht der Mörder! Hager begeht keinen Mord! Ein Schuft, wer ihn zu verdächtigen wagt!“ riefen sie erregt und drohend durcheinander.

„Zurück da, Leute, was soll das heißen? — Jeder macht sich strafb, der sich naht und sich uns entgegenzustellen wagt! donnerte der Kommissar.

„Was soll das bedeuten? Seid Ihr toll geworden? — Zurück, aufrührerisches, zuchtloses Gesindel!“ tobte Reinhardt, der, sich von den Beamten beschützt wissend, in seiner rohen, provokatorischen Manier gegen die herandrängenden Arbeiter vorging und die Zunächststehenden rüchichtslos zurückstieß.

„Oho, Herr Bürgermeister, keine Beschimpfungen. Wir sind ehrliche Arbeiter und unser Kamerad ist schmällich angegeschwärtzt worden. Wir kennen die Schurken, die ihn verdächtigt, wir fordern die Freilassung Hager's!“

Der Lärm wuchs immer mehr an.

Anton hatte angefangen der zum Ausbruch gekommenen unbefonnenen Intervention seiner Freunde die Ruhe und kühle Ueberlegung wiedergewonnen.

(Fortsetzung folgt.)